

31

Dr. Vogler
Rechtsanwalt und Notar
② Osnabrück
Helmrichstraße 47 (am Arndtplatz)
Fernsprecher 2925

Osnabrück, den 15. Mai 1950.

Va/Ge.

Eingang: 17. Mai 1950. gez. R.

An das
Landgericht,
O s n a b r ü c k .

In der Strafsache
gegen
K o l k m e y e r
4 Ks.12/49 (208)

wird die gegen das Urteil des Schwurgerichts vom 17. März 1950,
am 18. März eingelegte Revision auf Grund des am 10. Mai 1950
zugestellten Urteils mit dem Antrage

unter Aufhebung des angefochtenen Urteils
Kolkmeier freizusprechen,

hilfsweise, unter Aufhebung des Urteils, die Sache zur anderwei-
tigen Verhandlung ~~vor~~ an das Schwurgericht Osnabrück zurückzu-
verweisen, wie folgt begründet:

I) Es wird Verletzung des materiellen und formellen
Rechts gerügt.

II) Jeder pflichtbewusste Verteidiger ist, trotz der
entgegenstehenden Rechtssprechung des obersten Gerichtshofes,
gehalten, in jedem Fall die Anwendbarkeit des KRG zu rügen, weil
das Gesetz Nr. 10 bestenfalls subsidiär angewandt werden kann, soweit
der Tatbestand durch deutsche Gesetze nicht erschöpfend ausge-
wertet werden kann; selbst die Rechtssprechung der alliierten
Gerichte hat die Alternativklage als prozessuales Maxim zur
Anwendung gebracht. In jedem Fall wird aber auch der Einwand der
"nulla poena sine lege" erhoben. Die Zukunft wird erweisen, ob :
die bisher von den deutschen Gerichten vertretene Auffassung, das
diese Anwendung nicht durchgreifend richtig ist oder nicht.
J.W.1949 Seit 354.

A) Zur Rechtslage.

I) Verbrechensbegriff.

1.) Das Schwurgericht hat im vorliegenden Fall den Verbrechensbegriff nicht hinreichend festgestellt und unrichtig angewandt. Eine Greueltat liegt nur vor, wenn die Tat zu besonders erheblichen, im Verhältnis zur angezeigten Handlung nicht gerechtfertigten Leiden der Betroffenen geführt hat. MDR 1948 Seite 94.

Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird nur begangen, wenn im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen willkürlichen Herrschaft Menschen, Menschengüter oder Menschenwerte so angegriffen und geschädigt werden, daß die Menschenwürde verletzt und die Menschheit als solche berührt wird. OGH St.S.3/48; 1/48; 34/48. Das Urteil unterlässt auch die notwendigen Feststellungen und Ausführungen zum ungeschriebenen Tatbestandsmerkmal der Unmenschlichkeit. MDR.1947 Seite 307; Seite 305. Das wesentliche Kennzeichen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit soll in der unmenschlichen Gesinnung zu suchen sein. Nds.RPfl.48 Seite 218.

Selbst wenn man den angefochtenen tatsächlichen Tatbestand des Schwurgerichtsurteils zu Grunde legt, dann ergibt sich die Feststellung, daß auf Grund von Vermutungen oder Angaben dritter Personen der Regierungspräsident die Auffassung vertreten hat, im Gewerkschaftshaus würden Waffen verborgen gehalten werden. Wesentlich ist nunmehr, daß der Regierungspräsident Dr.Marxer als Dezernent den Auftrag zur Durchsuchung erteilt und Dr.Marxer diesen Befehl an den SS-Führer Wächter weitergegeben hat, der ihn mit der SS-Wache des Braunen Hauses ausgeführt hat. Diese nunmehr mit einem Befehl der zuständigen Behörde versehene SS-Wache fand bei ihrem Eintreffen am Gewerkschaftshaus die Türen verschlossen und die Zimmer verbarrikadiert. Die Besetzung des Gewerkschaftshauses und die Durchsuchung als solche stellt kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Selbst wenn Kolk-meyer sich hieran beteiligt hätte, wäre er nicht aus KRG/10 zu bestrafen.

2.) Das Schwurgericht stellt fest, daß bei Ausführung dieses Befehls zur Durchsuchung des Gewerkschaftshauses und Besetzung einige dort angetroffene Zivilpersonen angerempelt und getreten worden sind.

Eine Körperverletzung nach KRG Nr.10 steht aber nur dann mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Zusammenhang, wenn sie ihrem Wesen nach einer grundsätzlichen, mit dem Nationalsozialismus zusammenhängende Verachtung und Missachtung des Menschenrechtes aller derjenigen entsprang, die politisch verfolgt wurden. In dem Gewerkschaftshauslokal waren, was allen Beteiligten bekannt war, Mittagsgäste, die an sich mit der gewerkschaftlichen Bewegung nichts zu tun hatten. Daß bei einer solchen Aktion -selbst wenn sie auch heute noch von der Polizei ausgeführt worden wäre- derartige Anrempelungen, Puffe mit sich bringen, dürfte gerichtsbekannt sein. Derartige objektive Körperverletzungen stehen aber nicht mit der NS-Gewaltherrschaft im Zusammenhang, sondern sind die üblichen Begleiterscheinungen, ohne daß der einzelne, vielweniger ~~die~~ Gesamtheit der Menschheit, betroffen wurde. Das ist von den Zeugen ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, wenn Carl bekundet, die Anrempelungen und Fusstritte seien unwesentlich gewesen und Schulz zugibt, daß es sich um ein bewegtes Durcheinander gehandelt hat. Diese Auffassung wird aber durch die Feststellung des Schwurgerichts getragen, wenn angeführt wird, daß nach Abschluss der Aktion die Zivilisten wieder das Gewerkschaftshaus betreten und ihre zurückgelassenen Fahrräder, Aktentaschen und Bekleidungsstücke ohne Belästigung und sogar unter Mithilfe der SS in Empfang nehmen und das Haus wieder verlassen konnten.

In jedem Fall fehlt zu einer Bestrafung aus KRG Nr.10 in dem Urteil die notwendige Feststellung zum inneren Tatbestand bei Kolk-meyer.

Selbst wenn man für den inneren Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit nur fordert, daß der Täter die objektiv erforderlichen unmenschlichen Folgen seiner Handlung gekannt und gebilligt hat, so kann selbst bei weitester Auslegung der tatsächlichen Feststellungen nach keiner Richtung hin irgend eine unmenschliche Folge festgestellt werden.

Das Schwurgericht war auch nicht in der Lage, ^{auf Grund der/} Erteilung des Befehls durch den Regierungspräsidenten und Art der Ausführung durch die SS mit Durchsuchung und Besetzung des Gewerkschaftshauses festzustellen; daß die Handlung als solche unmenschlich ist und daß sie nach Allgemeinempfinden einen starken ethischen Widerwillen wegen Verletzung der Menschenwürde erweckt hat, weil sich hier die Tat ^{auf} durch die Durchsuchung nach Waffen und die damit zusammenhängende Besetzung des Gewerkschaftshauses bechränkte.

Wenn aber das Schwurgericht, unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung des Angeklagten, der nur an dem Fall Ilex 1.4.1933, der Aktion gegen das Gewerkschaftshaus 11.3. und als Zuschauer am Synagogenbrand beteiligt war, seine Aktivität feststellt, die durch die ihm vor 1933 widerfahrene Behandlung seiner politischen Gegner ausgelöst worden ist, dann verstößt das Schwurgericht gegen den Rechtssatz, daß die Geistesverfassung des Täters und seine Tatmotive nicht nur bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sind; Geistesverfassung und Tatmotive gehören zum Tatbestand, soweit von ihnen das ethische Urwerturteil beeinflusst wird. MDR. 1947 Seite 241.

Das Entscheidende ist, aber, daß sich das Schwurgericht in diesem Zusammenhang nicht mit den Tatfolgen beschäftigt. Das Angriffsverhalten des Angeklagten muss zu einer Schädigung des Opfers geführt haben, die eine Missachtung des ideellen Menschenwertes mit Wirkung für die Menschheit ausdrückt. OGH. St. S. 34/48; 24/48. Kein Opfer ist aber irgendwie geschädigt worden, keine Feststellung enthält das Urteil, daß die Hunderte von Zuschauern eine Missachtung des ideellen Menschenwertes empfunden haben; Der Angriff richtete sich gegen das Gebäude als solches, ohne Rücksicht auf die Insassen und Gäste. Daher war das Schwurgericht nicht in der Lage und unterläßt es, den Eintritt unmenschlicher Folgen festzustellen, weil sie gar nicht eingetreten sind und auch gar nicht beabsichtigt waren. OGH. St. S. 15/48; 34/48.

Die Ausführungen des Schwurgerichts über die überindividuelle Wirkung gehen daher fehl, weil die Feststellung eines starken Unrechtsgehalts mangels eines Angriffs gegen die Menschlichkeit nicht vorliegt. OGH. St. S. 19/48.

Das angefochtene Urteil wird in dem Aufbau und den unrichtigen Rechtsfolgen dadurch beeinflusst, daß es sich mit dem Begriff der Menschheit nicht auseinandersetzt und vor allem, weil es nicht prüft, ob aus dem Befehl zur Durchsuchung und der damit zusammenhängenden Besetzung die Behandlung der Insassen ein bloßes Exzess von unbedeutender Tragweite darstellt, wie es auch die Belastungszeugen empfunden und bekundet haben. Darin ist wesentlich, daß der Befehl des Regierungspräsidenten die Durchsuchung nach Waffen unwiderlegt zum Inhalt hatte. Die Aktion der Durchsuchung war nach

etwa 20 Minuten abgeschlossen. Wenn nummehr die SS das Gewerkschafts-
haus besetzt hält und demnächst diese Besetzung durch den Regierungs-
präsidenten auf Zeit angeordnet wird, mit der Maagabe, daß dem Zeugen
^{Ra. Ge} Carl die Fortführung der Gastwirtschaft freigegeben wird, fehlt die
notwendige Auswertung dieses Tatbestandes im Hinblick auf Kolkmeier-
dahin, daß er in keinem Fall an der Besetzung beteiligt war, weil
dies Aufgabe der SS und nicht eines ^{einfachen, Parteigenossen} Ortsgruppenleiters war. Die Art
des Anmarsches, des Eindringens, die Durchsuchung der Insassen und
ihre Entfernung ist aber dann als bloßer Exzes von unbedeutender
Tragweite zu werten, wie er in politischer Erregung überall vorkommen
kann. OGH. St. S. 26/48. Dadurch wird aber nicht der Tatbestand des
KRG Nr. 10 erfüllt. Daß den Insassen und Gästen die Aktion weniger an-
genehm war, kann angenommen werden. Dieser Zustand löste aber nicht
die Angst oder die von den Beteiligten empfundene schwere Gefahr
oder Bedrohung aus, die unter Umständen diesen Exzes zu einem Ver-
brechen machen könnte. Da jedes Anzeichen einer massierten Schädigung
der Insassen fehlt, kann nicht eine geringfügige Besorgnis, ein
soziales Unbehagen die Menschheit berühren, weil keiner der Be-
teiligten, auch nur auf gewisse Zeit, über etwa 10-20 Minuten hinaus
irgendwie nachhaltig beeinflusst worden ist. OGH. St. S. 132/48. Eine
entwürdigende Behandlung anlässlich dieser Hausdurchsuchung ist aber
keinem der Beteiligten, auch nach deren eigenen Darstellungen, zuteil
geworden.

Schließlich und endlich fehlt aber jeder Anhalt und jede Fest-
stellung im Urteil, daß Kolkmeier Bewusstsein und Vorsatz hatte, die
die Tat zu einer unmenschlichen macht. J. R. 48 Seite 165.

Wenn das Schwurgericht berücksichtigt hätte, daß es sich um eine
Aktion am 1. 4. 33 handelt, in einer erregten Zeit, die immer politische
Gewalttaten, auch in einem Rechtsstaat vorkommen läßt, dann hätte es
auch zu der Überzeugung kommen müssen, daß es sich hierbei nur um eine,
durch den Befehl des Regierungspräsidenten, ausgelöste Haussuchung
handelt, die vom KRG Nr. 10 nicht erfasst werden will. OGH. St. S. 81/48.
Der Fehler des Urteils liegt darin, daß das Gericht nicht alle Teil-
vorgänge würdigt, die als Beitrag zum Verbrechen gegen die Mensch-
lichkeit in Betracht kommen. OGH. St. S. 129/48; 143/48. Dann wäre aber
das Gericht zu der Feststellung gekommen, daß es sich um eine gelegent-
liche Entgleisung handelt. OGH. St. S. 117/48. Die Rechtsausführungen
sind fehlerhaft und reichen nicht aus, daß bei dieser Aktion die

4

Menschheit insgesamt berührt ist und das die Opfer in ihren Menschenrechten derart schwer verletzt sind, das eine überindividuelle Wirkung vorliegen könnte.

3.) Aber auch die deutschrechtlichen Vorschriften, soweit sie dem Urteil zu Grunde gelegt werden, sind zu beanstanden. § 125 STGB verlangt eine Menschenmenge und eine öffentliche Zusammenrottung. Entscheidend ist, das es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Ansammlung handelt, sondern um den Einsatz der ständigen SS-Wache nach dem Befehl des Regierungspräsidenten und das an der Aktion andere Personen nicht teilgenommen haben und auch nicht teilnehmen konnten. War aber diese SS-Wache als Hilfspolizei für die Hausdurchsuchung eingesetzt und stand sie unter der Führung des zuständigen SS-Sturmtruppführers Wächter, der nach den Weisungen des Regierungspräsidenten handelte und dessen Befehl nach Ort, Zeit und Umfang genau begrenzt war, dann stellte diese Truppe keine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar. Die Öffentlichkeit und allgemeine Zugänglichkeit des Tatortes bedingt noch nicht die Öffentlichkeit des dort herangeführten SS-Trupps.

4.) Soweit Kolkmeier aber aus § 223a in Anspruch genommen worden ist, stehen seiner Verurteilung zwei Einwendungen gegenüber?

a) Die Verführung,

b) Es liegt überhaupt keine Körperverletzung nach § 223a vor, weil keine gefährlichen Werkzeuge benutzt worden sind und überhaupt keine gemeinschaftliche Körperverletzung vorliegt, da es sich um eine Durchsuchung durch einen hierzu befohlenen SS-Trupp handelt und die Püffe und Fusstritte nur "gelegentlich" der Durchsuchung ausgelöst worden sind, ohne die Absicht der Körperverletzung, vielmehr nur mit dem Ziel, die Aktion zu beschleunigen.

B) Zum Strafmaß:

Das Urteil ist nicht nur drakonisch, sondern geradezu unverständlich und widersteht den anerkannten Rechtssätzen.

I) Es handelt sich um eine Straftat vom 11.3.33 in der damals noch erregten Zeit. Berücksichtigt man hier, das der Befehl zur Stürmung des Gewerkschaftshauses von dem Regierungspräsidenten an den Leiter der Polizei Dr. Marxer und von diesem an die SS-Wache gegeben worden ist, dann liegt eine jener Vorkommnisse vor, wie sie auch nach 1918 ausgeführt worden sind und immer wieder vorkommen werden. Ziel und Inhalt

dieser Aktion war die Durchsuchung und die Forschung nach Waffen.

Weder Viehmeyer, noch Rabe, noch Carl haben bekundet, daß Kolk-meyer sich überhaupt an den Misshandlungen beteiligt habe. Dafür be-kundet aber Carl und Schulz, daß im Hause vielleicht den Zivilisten Fußtritte versetzt worden sind und die Uniformierten die Zivilisten angerempelt haben.

Ziel der Besetzung war die Forschung nach Waffen. Wenn dabei ge-legendlich Fußtritte oder Anrempelungen erfolgt sind, dann ist auch zu berücksichtigen, daß auf den ankommenden SS-Trupp mit Porzellan-tellern geworfen wurde, so daß dieses Anrempeln und die Fußtritte offensichtlich eine Reaktion waren und demgemäß als Entgleisung zu werten sind. OGH. ST. S. 117/48.

II) Das Schwurgericht berücksichtigt auch nicht die ^{VB}streitige Tatsache, daß Kolk-meyer in den Jahren 1930 bis 1933 bis zur Bewusst-losigkeit von den politischen Gegnern gehetzt worden ist, und seine Kinder mit Hakenkreuzen beschmiert, geschlagen und blutig in die Schule kamen. Seine Fensterscheiben waren wiederholt mit Teer be-schmiert. Das Geschäft wurde boykottiert. Kolk-meyer wurde wiederholt mit Latten und Knüppeln geschlagen, so daß er sich in Schutzhaft be-geben musste.

Wenn nunmehr, im Zuge der von dem Reg. Präs. angeordneten Durch-suchung des Gewerkschaftshauses, Gewalttätigkeiten vorgekommen sein sollten, dann wäre Kolk-meyer entscheidend von dem Gedanken geleitet worden, eine persönliche Vergeltung zu üben, so daß insoweit kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt.

Das Gericht übersieht aber, daß die ganze Aktion in etwa 10-20 Minuten abgeschlossen und durchgeführt war. :

Die Zeugen bekunden übereinstimmend, daß sie alsdann bei ihrer nochmaligen Rückkehr, um Fahrräder, Aktentaschen und Mützen abzu-holen, diese anstandslos erhalten haben und ohne Belästigung das Haus wieder verlassen konnten.

Art und Dauer der dem angeblichen Opfer zugefügten Misshandlungen sind aber dann ohne Bedeutung. OGH. ST. S. 77/48. :

III) Verfehlt ist das Strafmaß, wenn man berücksichtigt, daß gegen Kolk-meyer vier getrennte Verfahren aus dem gleichen Grund durchgeführt worden sind. Bd. 16 3 u. 158 OGH.

Kolk-meyer ist im Spruchgerichtsverfahren zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er in der Masse in Zellenhaft verbüßt hat.

Beweis: die Akten Kolk-meyer 4 Js. 1045.48 (350).

Der Grund für diese Strafe für einen Ortsgruppenleiter (einer von 24 aus dem Stadtbezirk Osnabrück) liegt in dem summarischen Verfahren vor dem Spruchgericht und in der Unmöglichkeit für den Betroffenen die notwendigen Entlastungszeugen zu erbringen. So hat man diese Strafen begründet mit Beteiligung Kolkmeyers im Falle Ilex-Burgdorf, mit der Teilnahme am Synagogenbrand, der Misshandlung von Flatauer, Gottschalk, dem Raub von Kultgeräten aus der Synagoge und insges. auch der Teilnahme von Kolkmeier an der Aktion gegen das Gewerkschaftshaus.

Beweis: das zu den Akten Kolkmeier eingereichte Spruchgerichts-
urteil.

Wenn man die Verbüssung der vom Spruchgericht erkannten Strafe von 2 Jahren in Einzelhaft berücksichtigt, dann ist damit festzustellen, daß der Schuldgehalt des Angeklagten insoweit ausgeschöpft ist und nicht noch einmal zur Begründung des angefochtenen Strafmaßes herangezogen werden kann.

Die gleichen Gründe, die in der Person von Kolkmeier gefunden worden sind, sind aber immer wieder zur Begründung eines unerhört hohen Strafmaßes von dem Schwurgericht herangezogen worden, deshalb ist Kolkmeier im Falle Ilex zu 10 Monaten verurteilt worden.

Beweis: die Akten Kolkmeier... 4 Ks. 12/49 (208)

Deshalb ist Kolkmeier, trotzdem von neun Anklagepunkten sieben nicht nur nicht erwiesen, sondern die Unschuld von Kolkmeier festgestellt worden ist, zu 10 Monaten.

Beweis: die Akten Münzer-Kolkmeier 4.Js.14/49 z.Zt.beim OGH in der Revisionsinstanz sind

im vorliegenden Falle zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

IV) Kolkmeier war als überzeugter Nationalsozialist von 1934 bis 1945 Ortsgruppenleiter in Osnabrück, neben 23 anderen Ortsgruppenleitern. Er war nur beteiligt an dem Fall Ilex-Burgdorf. Hier handelt es sich um eine rein persönliche Auseinandersetzung zwischen Kolkmeier und Burgdorf, der den Angeklagten in jahrelangen, unerhörten Schmutzartikeln in der Presse öffentlich angegriffen und diffamiert hat. Dann ist Kolkmeier nur als Zuschauer beim Synagogenbrand in Anspruch genommen worden und schließlich wird ihm die Teilnahme an der Aktion gegen das Gewerkschaftshaus 1933 zur Last gelegt. Für die ganze übrige Zeit konnten Kolkmeier keinerlei Vorwürfe gemacht werden. Dafür ist

sein besonderer Einsatz bei den Bombenangriffen, sein persönliches Eingreifen und die Lebensrettung vieler Menschen aber festgestellt worden.

V) Gegen Kolkmeier sind wegen dieser drei Beteiligungen und immer wieder mit der Begründung, daß er der Aktivist war, folgende Strafen beantragt worden:

Spruchgericht	3 Jahre
Ilex-Prozess	1 Jahr, 6 Monate
Synagogen-Prozess	1 " 6 Monate
Gewerkschaftshaus	1 " 6 Monate
	<u>90 Monate = 7 Jahre, 6 Monate</u>

Erkannt worden sind gegen Kolkmeier:

Spruchgericht	24 Monate
Ilex	10 "
Synagoge	10 "
Gewerkschaftshaus	18 "
	<u>62 Monate = 5 Jahre, 2 Monate</u>

Wenn man den anerkannten Rechtssatz der Relativität zu Strafen etwa gleicher Art unter den angegebenen Verhältnissen berücksichtigt, dann ist eine solche Gesamtstrafe bestenfalls festgesetzt worden gegen Menschen, die brutal, unter persönlicher Ausnutzung erheblich höherer Stellungen, selbst von der Verbringung ins KZ und auch nicht vor Todesurteilen zurückgeschreckt sind.

Das, was Kolkmeier hier getan hat, würde, wenn es in einem Verfahren verhandelt worden wäre, selbst unter Anlegung eines unerhört harten Strafrahemans, insgesamt 3 Jahre nicht überstiegen haben.

C) Zum Tatsächlichen:

Das Gericht hat die anerkannten Beweisregeln für die Beweiswürdigung verletzt und dadurch ^{zu immer} gegen den Rechtssatz des "in dubio pro reo" nicht angewandt. Die deutsche Strafproz. Ord. begründet für Kapitalverbrechen die Zuständigkeit nur einer Tatsacheninstanz, unterläßt aber die Anordnung, daß ~~zur~~ ^{zur} Sicherung der Rechte des Angeklagten das gesamte Beweisergebnis urkundlich und nicht nur in den Notizen des Berichterstatters festgehalten wird. Darin liegt die Quelle der Unsicherheit und der Beschränkung der Rechte des jeweiligen Angeklagten, zumindestens so lange, als auch die objektiven Terminsnotizen der übrigen Prozeßbeteiligten bei der Feststellung des Tatbestandes nicht berücksichtigt werden.

1) Ein Postbeamter meldet, Kolkmeier ist mit seinen Leuten unterwegs, um das Gewerkschaftshaus zu stürmen. Damit werden sämtliche Insassen des Gewerkschaftshauses von vornherein subjektiv dahin beeinflusst, daß Kolkmeier Teilnehmer der Aktion ist, trotzdem die Ausführung nur unter Wächter mit der SS-Wache erfolgt. Wenn Viehmeyer nun nach seiner Bekundung den Trupp auf einem Anmarsch von 5-10 m durch das Fenster beobachtet, dann sieht er Uniformierte und seine Annahme, Kolkmeier dabei zu sehen, ist die Folge dieser subjektiven Beeinflussung, weil er ihn sehen wollte und Kolkmeier, nach der Bekundung des Postbeamten, dabei sein musste. (Für die rechtliche Beurteilung fehlt in diesem Zusammenhang auch die Bekundung des Zeugen Viehmeyer, daß die Insassen mit Tellern zum Fenster hinaus den SS-Trupp geworfen haben).

Der Zeuge Finger hat, nach seiner Bekundung, nur einen Blick zum Fenster herausgewagt und dabei will er, unter der gleichen Beeinflussung des Postbeamten, Kolkmeier in Uniform erkannt haben. (Die ganz wesentliche, für die Auswertung des Tatbestandes notwendige weitere Bekundung fehlt in dem Urteil, daß dieser Zeuge die Aussage im Ermittlungsverfahren, er habe Kolkmeier im Hause als Haupttäter herumlaufen gesehen, als "in den Mund gelegt" ^{www} gerufen hat.

Der Zeuge Carl hat durch das Fenster nicht einmal den ganzen Trupp gesehen, aber auch er will unter dem Eindruck der Meldung des Postbeamten, Kolkmeier komme mit der SS, Kolkmeier erkannt haben.

Der Zeuge Dröge musste zugeben, daß er infolge seiner Aufregung nichts Genaues gesehen hat..

Rabe will bekunden, daß Kolkmeier nach Abschluss der Aktion durch das Fenster gesprungen sei und Uniform getragen habe.

Es geht nun nicht an, daß das Gericht die völlig unbeteiligten Entlastungszeugen in ihren Aussagen überhaupt nicht, insbesondere aber nicht unter hinreichender Abwägung, berücksichtigt. Mögen die Zeugen Lahrberg Mitglieder der SS gewesen sein, dann haben sie aber doch übereinstimmend bekundet, daß Kolkmeier in Zivil neben dem Trupp mitmarschiert ist. Unrichtig ist die Feststellung, daß Niemeyer in irgend welchen geschäftlichen Beziehungen zu Kolkmeier steht, weil die Ehefrau des Angeklagten in früheren Jahren in seiner Wäscherei die Wäsche hat waschen lassen. Niemeyer ist an der Aktion überhaupt nicht beteiligt; er war, wie im Synagogenprozeß, deshalb interessierter Zuschauer, um Material gegen Partei und Formation zu sammeln, um sich vor erwarteten Angriffen gegen sich selbst zu schützen. Dieser Zeuge

hat unter Eid bekundet, daß Kolkmeier in Zivil vor dem Kaffee Meyer stand und fotografiert hat. Dieser Zeuge war nicht beeinflusst durch irgend ein Gerücht, er hatte aus seiner Antieinstellung ein besonderes Interesse, Art und Umfang der bekannten Nazis bei den jeweiligen Aktionen festzustellen und er hat mit aller Sicherheit bekundet, daß er Kolkmeier etwa 3/4 Stunden lang immer wieder beobachtet hat und festgestellt hat, daß er in Zivil seinen Platz vor dem Kaffee Meyer nicht verlassen hat, bis die Flagge gehisst war.

Der Zeuge Otte-Finke ohne Beziehungen zur Partei hat mit aller Sicherheit erklärt, daß Kolkmeier in Zivil vor dem Kaffee Meyer stand. Man kann diese Aussagen nicht damit abtun, daß es sich vielleicht um die letzte Phase der Aktion handelte, da nach den subjektiven Bekundungen der Belastungszeugen Kolkm. in Uniform gewesen war und ein Umkleiden in der kurzen Zeit des Ablaufs unmöglich war.

Das Schwurgericht hat erkannt, daß es schließlich gegenüber der Zeugin Rugulis eine Schuld von Kolkm. nicht feststellen könnte und deshalb hat⁹⁸ die Zeugin als unter einem Erinnerungsfehler stehende behandelt. Das ist nicht zulässig. Rugulis war Zuschauerin von Beginn bis zum Abschluß der Aktion. Sie war damals 16 Jahre alt; aber sie war Mitglied der jungkommunistischen Partei und daher in ihrer Auffassung, Beobachtung besonders geschult und auch gegenüber dem politischen Gegner Kolkm. nicht freundschaftlich eingestellt. Wenn diese Zeugin, die mit dem Trupp bis zum Gewerkschaftshaus mitgegangen ist, erklärt, daß sie mit aller Bestimmtheit weiß, Kolkm. sei in Zivil gewesen und habe vor dem Kaffee Meyer laufend fotografiert, er sei nicht im Zuge mitmarschiert und habe nicht mitgestürzt, dann ist gegenüber diesen drei eidlichen Aussagen von keinem deutschen Gericht bei objektiver Beurteilung, ohne Verletzung des Rechtssatzes "in dubio pro reo" Kolkmeier als Täter festzustellen. Mag die Zeugin die zwei oder drei Pistolenschüsse nicht gehört haben oder mag sie insoweit nach 17 Jahren keine Erinnerung mehr haben, aber sie hat mit einer, selbst durch das Kreuzverhör nicht zu erschütternden Sicherheit eindeutig alle wesentlichen Umstände (Verletzung von Wächter, Einschlagen der Fensterscheibe und dergl.) bekundet und vor allem, daß Kolkm., der unter ihrer besonderen Beobachtung aus parteipolitischen Gründen stand, Zivil getragen hat, daß gar kein Zweifel mehr besteht.

Wenn dann noch die Zeugin Hirtz eidlich bekundet, daß Kolkm. in grauem Zivilanzug nach ihrer unzweifelhaften Erinnerung und Wissen

vor Kaffee Meyer fotografiert hat und der Zeuge Bente (alles Zeugen, die keine Verbindung zur NSDAP hatten) erklärt, daß Kolkm. in Zivil an der Aktion als Zuschauer teilgenommen hat und der völlig fremde Zeuge Venne Dunker Kolkm. als in Zivil identifiziert hat, dann ist es geradezu unmöglich, daß das Gericht nur die durch den Postbeamten subjektiv beeindruckten und durch die Ereignisse im Gewerkschaftshaus bestürzten Aussagen der Zeugen Viehmeyer, Finger und Carl der Entscheidung zu Grunde legen will, die eidlichen Aussagen von Niemeyer, Otte-Finke, Hirtz, Bente und Venne Dunker aber übergeht.

Diese Art, den Tatbestand festzustellen, ist ein grober Verstoß und hat bereits zur Folge gehabt, daß sich inzwischen bereits 5 weitere völlig unbeteiligte, parteilose Zeugen gemeldet haben, die bei der ganzen Aktion auch neben Kolkm. vor dem Kaffee Meyer gestanden haben und die bekunden werden, daß Kolkmeyer in Zivil war, aber nicht in Uniform, so daß die sogenannten Belastungszeugen bereits bei ihren kurzen Eindrücken (Blick durchs Fenster, Einblick auf 5-10 m und dergl.) der subjektiven Beeinflussung durch den Postbeamten (Kolkm. kommt amarschiert) unterlegen sind, im Laufe der Zeit diesem Irrtum verfallen waren und durch die Art der Ermittlungen in ihrem Irrtum beschränkt worden sind. Eine nochmalige eingehende Hauptverhandlung, insbesondere unter Vernehmung der sich von sich aus gemeldeten neuen Tatzeugen wird ergeben, daß Kolkm. in diesem Fall nicht als Täter in Anspruch zu nehmen ist.

Wenn das Schwurgericht Bl. 19 einem Teil der öffentlichen Meinungen erliegt, daß Kolkm. deshalb beteiligt sein müsse, weil es nicht verständlich wäre, wenn er sich in diesem Fall zurückgehalten hätte, dann wird übersehen, daß Kolkm. ausser dem Fall Ilex, wo es sich um eine persönliche Auseinandersetzung handelt und am Synagogenbrand, wo er nur als Zuschauer zugegen war, während der ganzen 12 Jahre in keinem Fall in Anspruch genommen worden ist.

Das Gericht übersieht aber mit gutem Grund Seite 20, daß Kolkm., wenn er fotografiert hat, was nach den eidlichen Zeugenaussagen eben nicht zu umgehen ist, nicht vorher an der Aktion teilgenommen haben kann, weil dieser angebliche Täter Uniform trug, während Kolkm. unstreitig Zivil getragen hat. Das Schwurgericht beschäftigt sich

- und insoweit wird ihm ein besonderer Vorwurf gemacht, - nur mit den Entlastungszeugen Lahrberg, Niemeyer und Rugulis. Die eindeutigen entlastenden Aussagen Otte-Finke, Hirtz, Bente, Venne Dunker werden in dem Urteil aber überhaupt nicht erwähnt, trotzdem diese Zeugen ihre eindeutigen Aussagen bereits haben.

D) Wenn man aber den Ausführungen des Urteils folgen wollte, insbesondere, daß Kolkm. immer dabei sein musste, wenn es sich um eine Aktion gegen politische Gegner handelte, dann ist der Vorfall Burgdorf ^{13. 7.} ~~13. 7.~~, Gewerkschaftshaus ^{13. 7.} ~~13. 7.~~ und die sogenannte Kristallnacht als ein Verbrechen zu behandeln. OGH. Bd. I Seite 3/158, weil zumindestens Ilex und Gewerkschaftshaus im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang stehen, dann war aber gegen Kolkm. nicht eine besondere Strafe festzusetzen, sondern die Vorgänge als eine Tat zu behandeln und zu bewerten. Es ist nicht zu verstehen, daß man diesen Grundsatz dem Angeklagten Kassel zubilligt, ihn aber gegen den Angeklagten Kolkmeier ausser Acht läßt.

anz. Dr. Vogler
Rechtsanwalt

Die Richtigkeit vorstehender Abschrift wird beglaubigt.



Osnabrück, den 15.7.1950.

Staatsanwaltschaft.

Peter
Justizangestellte.